

Gliederung

A. Einleitung	17
B. Grundlinien des Rechtsinstituts der Betreuung.....	19
I. Die Vorgängerinstitute: Vormundschaft und Gebrechlichkeitspflegschaft	19
1. Die Vormundschaft.....	20
2. Die Gebrechlichkeitspflegschaft.....	21
II. Rechtsinstitut der Betreuung	23
1. Grundgedanken des Betreuungsgesetzes	23
2. Grundzüge des geltenden Betreuungsrechts.....	25
a. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Betreuerbestellung	25
aa. Medizinische Voraussetzungen.....	26
bb. Betreuungsbedürftigkeit.....	27
cc. Erforderlichkeit der Betreuung	28
i. Bestehen eines konkreten Betreuungsbedarfs.....	29
ii. Fehlen hilfsbereiter Dritter: Subsidiaritätsgrundsatz	30
dd. Kein entgegenstehender freier Wille	32
b. Rechtsfolge: Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter des Betreuten	33
aa. Beginn, Ende und Umfang der gesetzlichen Vertretung	35
bb. Abgrenzung zum Innenverhältnis.....	36
c. Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen eines Einwilligungsvorbehaltes	36
d. Die formell-rechtlichen Voraussetzungen der Betreuungsanordnung.....	40
e. Die Betreuungsentscheidung.....	41

aa. Auswahl des Betreuers.....	42
bb. Bezeichnung der Aufgabenkreise (§ 286 Abs. 1 Nr. 1 FamFG).....	43
C. Die verfassungsrechtlichen Determinanten des Betreuungsrechtsverhältnisses.....	45
I. Fürsorgeauftrag des Staates	45
II. Betreuung als Eingriff in die Freiheitsgrundrechte des Betroffenen.....	47
1. Betreuungsrechtliche Maßnahmen als Grundrechtseingriff.....	47
a. Die Grundrechtsfähigkeit der Betroffenen.....	48
b. Die Grundrechtsmündigkeit der Betroffenen	49
aa. Die Grundrechtsmündigkeit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	50
bb. Die Grundrechtsmündigkeit in der Literatur	51
cc. Eigene Position	53
c. Elaborierte betreuungsrechtliche Position von Lipp.....	56
2. Die gerichtliche Anordnung der Betreuung als Grundrechtseingriff.....	60
a. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	60
b. Allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG)	62
c. Sonstige Grundrechte	62
3. Schutz vor sich selbst als legitimer Zweck eines Grundrechtseingriffs	63
4. Grundrechtsbindung des Betreuers.....	65
5. Die Einwilligung des Betroffenen	73
D. Die Betreuung im Zivilprozess.....	75
I. Die Prozessfähigkeit des Betreuten.....	75
1. Prüfung der Prozessfähigkeit im Verfahren	76

2.	Geschäftsfähigkeit als Voraussetzung der Prozessfähigkeit	76
3.	Folgen der Prozessunfähigkeit	79
4.	Betreuungsanordnung und Geschäftsfähigkeit	80
a.	Geschäftsfähigkeit bei Betreuung ohne Einwilligungsvorbehalt	81
b.	Geschäftsfähigkeit bei Betreuung mit Einwilligungsvorbehalt	81
5.	Betreuungsanordnung und Prozessfähigkeit	84
a.	Prozessfähigkeit des nicht unter Einwilligungsvorbehalt stehenden Betreuten	84
b.	Prozessfähigkeit des unter Einwilligungsvorbehalt stehenden Betreuten	84
aa.	Prozessfähigkeit bei nicht einwilligungspflichtigem Aufgabenkreis	84
bb.	Prozessfähigkeit bei einwilligungspflichtigem Aufgabenkreis	86
i.	Prozessfähigkeit bei Einwilligungsfreiheit nach § 1903 Abs. 3 S. 1 BGB: lediglich rechtlich vorteilhafte Willenserklärungen	86
ii.	Prozessfähigkeit bei Einwilligungsfreiheit nach § 1903 Abs. 3 S. 2 BGB: geringfügige Angelegenheiten des täglichen Lebens	86
iii.	Prozessfähigkeit bei Ermächtigungen nach §§ 112, 113 BGB	89
iv.	Prozessfähigkeit bei Einwilligung des Betreuers	89
6.	Zwischenergebnis	89
II.	Der Betreuer als prozessualer Vertreter	90
1.	Die Vertretung des iSd § 52 ZPO prozessunfähigen Betreuten	90
a.	Notwendigkeit der Vertretung durch den Betreuer	90
b.	Umfang der Amtsermittlungspflicht	91
aa.	Hinsichtlich der Geschäftsfähigkeit des Betreuten	91

bb.	Hinsichtlich der Reichweite der prozessualen Vertretungsmacht des Betreuers.....	93
2.	Die Vertretung des iSd § 52 ZPO prozessfähigen Betreuten: § 53 ZPO	94
a.	Die Voraussetzungen des § 53 ZPO.....	95
aa.	Prozessfähige Person.....	95
bb.	Betreuer	95
i.	Bestellung durch das Betreuungsgericht.....	95
ii.	Kompetenz der Prozessgerichte zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Betreuerbestellung.....	95
cc.	Vertreten-werden	97
i.	Vertreten als Ansichziehen der Prozessführung: Von der Notwendigkeit einer Übernahmeerklärung durch den Betreuer	98
1).	Wortlaut	98
2).	Entstehungsgeschichte	98
3).	Systematische Auslegung	100
4).	Teleologische Auslegung	100
5).	Verfassungskonforme Auslegung	101
ii.	Anforderungen an die Übernahmeerklärung	101
dd.	Handeln im übertragenen Aufgabenkreis	103
i.	Bestimmung des Aufgabenkreises in Ansehung des Prozessgegenstandes.....	103
ii.	Sonderfall: Explizite Zuweisung der Vertretung.....	105
iii.	Unbeachtlichkeit eines entgegenstehenden Willens des Betreuten	107
b.	Die Rechtswirkungen des § 53 ZPO.....	111
aa.	Auswirkungen auf den Betreuten	111
i.	Prozessuale Auswirkungen: Fiktion der Prozessunfähigkeit.....	111
1).	Sachliche Reichweite der Prozessunfähigkeit	111

2). Zeitliche Reichweite der Prozessunfähigkeit	113
ii. Genehmigungsfähigkeit unwirksamer Prozesshandlungen.....	114
iii. Materiell-rechtliche Auswirkungen.....	114
bb. Wirkung für den Betreuer: Stellung eines gesetzlichen Vertreters iSd ZPO.....	115
cc. Auswirkungen auf bereits vorgenommene Prozesshandlungen.....	116
c. Bindung des Prozessgerichts an die Übernahmeerklärung.....	118
d. Prüfung von Amts wegen.....	118
III. Rechte und Pflichten des Betreuers im Prozess.....	119
1. Betreuer als Adressat der Partei- und Zeugenvernehmung.....	119
2. Betreuer als Adressat der persönlichen Anhörung.....	121
3. Genehmigung von Prozesshandlungen.....	123
4. Anspruch eines Betreuers auf Akteneinsicht vor Übernahme des Prozesses.....	123
5. Beordnung des Betreuers als Prozessbevollmächtigter im PKH-Verfahren	124
6. Ausübung prozessualer Zeugnisverweigerungsrechte des Betroffenen durch den Betreuer.....	127
7. Das Zeugnisverweigerungsrecht des Betreuers	130
IV. Betreuer als Zustellungsadressat im Zivilprozess.....	133
V. Mitteilungspflichten des Prozessgerichts.....	134
 E. Die Betreuung im Strafverfahren	 139
I. Der Betreute als Angeklagter	139
1. Verhandlungsfähigkeit des Betreuten.....	139
2. Betreuer als Beistand iSd § 149 StPO	142
a. Der Begriff des gesetzlichen Vertreters iSd § 149 Abs. 2 StPO.....	143

aa.	Wortlaut.....	144
bb.	Entstehungsgeschichte.....	145
cc.	Systematik.....	147
dd.	Teleologische Auslegung.....	148
ee.	Zwischenergebnis	148
b.	Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter iSd § 149 Abs. 2 StPO.....	148
aa.	Zulässigkeit strafprozessbezogener Aufgabenkreise: Subsidiarität der Betreuung gegenüber dem Institut der notwendigen Verteidigung?	149
bb.	Zugewiesener Aufgabenkreis und § 149 Abs. 2 StPO.....	152
c.	Die Rechte des Beistandes iSd § 149 Abs. 2 StPO	156
d.	Zulassungsverfahren nach § 149 StPO	158
e.	Zusammenfassung.....	159
3.	Rechtsmittelberechtigung des Betreuers.....	159
a.	Die fehlende Geschäftsfähigkeit des Beschuldigten als ungeschriebene Voraussetzung des § 298 StPO	160
b.	Rechtsmitteleinlegung durch den Betreuer	162
4.	Verteidigerwahl durch Betreuer nach § 137 Abs. 2 StPO	163
5.	Zustellung und Mitteilung an den Betreuer	164
6.	Der Betreuer als Zeuge	166
II.	Der Betreute als Zeuge.....	167
1.	Ausübung des Zeugnisverweigerungsrechts (§ 52 StPO) durch den Betreuer	167
2.	Das Untersuchungsverweigerungsrecht (§ 81c StPO).....	170
III.	Der Betreute als Geschädigter	172
1.	Die Strafantragsberechtigung des Betreuers.....	172
a.	Die Strafantragsberechtigung des gesetzlichen Vertreters nach § 77 Abs. 3 StGB	172
b.	Anwendung des § 77 Abs. 3 StGB bei bestehender Betreuung	174

aa.	Geschäftsunfähigkeit des Betreuten	174
bb.	Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter iSd § 77 Abs. 3 StGB.....	175
i.	Gesetzlicher Vertreter	175
ii.	In persönlichen Angelegenheiten	175
	1). Nur für die Vermögenssorge bestellt	177
	2). Für die gesamte Personensorge bestellt.....	177
	3). Problem des nur für Teilaspekte der Personensorge bestellten Betreuers: Gesetzlicher Vertreter iSd § 77 Abs. 3 StGB durch betreuungsgerichtliche Einräumung der Strafantragsbefugnis.....	177
	a). Funktionale Auslegung des § 77 Abs. 3 StGB	177
	b). Notwendigkeit einer expliziten Übertragung der Strafantragsbefugnis.....	180
	c). Konkludente Übertragung der Strafantragsbefugnis.....	181
c.	Antragsfrist	185
d.	Wirksame Strafantragstellung ohne oder gegen den Willen des betreuten Verletzten.....	186
e.	Handlungsdirektive des Betreuers bei der Entscheidung der Strafantragstellung	187
2.	Der Betreuer als Vertreter im Privatklageverfahren.....	188
a.	Prozessfähigkeit des Privatklägers als Privatklagevoraussetzung.....	188
b.	Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter des prozessunfähigen Privatklägers	190
3.	Der Betreuer als Vertreter in der Nebenklage.....	191
4.	Der Betreuer als Vertreter im Adhäsionsverfahren	194

F. Die Betreuung im Verwaltungsverfahren197

I.	Die Beteiligungsfähigkeit des Betreuten.....	197
----	--	-----

II.	Die verwaltungsverfahrenrechtliche Handlungsfähigkeit des Betreuten.....	197
1.	Grundlagen zur verwaltungsverfahrenrechtlichen Handlungsfähigkeit.....	198
2.	Die Handlungsfähigkeit des Betreuten ohne Einwilligungsvorbehalt	199
3.	Handlungsfähigkeit des unter Einwilligungsvorbehalt stehenden Betreuten	200
4.	Fehlende Handlungsfähigkeit und Heilung.....	202
III.	Betreuer als gesetzlicher Vertreter im Verwaltungsverfahren.....	203
IV.	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen (§ 16 VwVfG)	204
1.	Besondere Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 Nr. 4 VwVfG	205
2.	Verfahrensbezogene Voraussetzungen	206
3.	Rechte und Pflichten eines bestellten Vertreters	207
4.	Auswirkungen der Vertreterbestellung auf die Handlungsfähigkeit.....	208
V.	Anhörungspflicht des Betreuers und Betreuten nach § 28 VwVfG	208
VI.	Akteneinsichtsrecht des Betreuers nach § 29 VwVfG	211
VII.	Bekanntgabe von Verwaltungsakten	212
1.	Förmliche Bekanntgabe nach dem VwZG.....	213
a.	Zustellung an Geschäftsunfähige und beschränkt Geschäftsfähige (§ 6 Abs. 1 S. 1 VwZG)	214
b.	Zustellung an Betreute (§ 6 Abs. 1 S. 2 VwZG)	214
2.	Formlose Bekanntgabe nach dem VwVfG	215
3.	Möglichkeit der Heilung bei fehlerhafter Bekanntgabe	216
a.	Heilung nach § 8 VwZG (analog) durch Kenntnisnahme des Betreuers.....	216
b.	Heilung durch Genehmigung	219
c.	Heilung durch „rügelose Einlassung“ des Betreuers.....	219
d.	Heilung infolge Aufhebung der Betreuung	220

G. Die Betreuung im Verwaltungsprozess	221
I. Die Prozessfähigkeit im Verwaltungsprozess	221
II. Die Vertretung durch den Betreuer	223
III. Der Betreuer als Zustellungsadressat	224
IV. Rechte und Pflichten des Betreuers im Verwaltungsprozess	225
Thesen	229
Literaturverzeichnis	231